

Die Milchversorgung. Durch eine vom ungarischen Ernährungsamt getroffene Verfügung, wonach von der auf den Gütern des ehemaligen Erzherzogs Friedrich gekommenen Milch neuerlich 350 Liter täglich für den ungarischen Verbrauch angefordert werden, erleidet die Wiener Milchversorgung abermals eine empfindliche Einbuße. Die Zufuhren aus den Friedrichschen Meiereien, die im Frieden 40.000 Liter täglich betragen, sind heute bereits auf eine Tagesmenge von 350 Liter gesunken. Die Milchversorgung ist heute auf einem Tiefstand angelangt, daß jeder Liter, der weiter noch verloren geht, in Betracht kommt. Vor allem steigen die Anforderungen nach Krankenmilch fortgesetzt, da die schlechten Ernährungszustände die schon während des Krieges in fortgesetztem Anwachsen begriffenen tuberkulösen Erkrankungen noch weiterhin begünstigen. Der Bürgermeister

hat sich daher sofort nach dieser neuesten Maßregel des ungarischen Ernährungsamtes an den ungarischen Minister für Volksernährung gewendet und den trostlosen Stand der Wiener Milchversorgung klargestellt. Auch hat der Leiter der Wiener Milchversorgungsstelle Dr. Wächter den ungarischen Gesandten ersucht, seinen Einfluß bei seiner Regierung geltend zu machen. Um die Milchversorgung im eigenen Wirkungskreis zu heben, hat, wie aus dem Rathen's gemeldet wird, die Gemeinde die Einstellung von 670 Milchkühen auf den der Aktiengesellschaft für Zuckerindustrie in Goding gehörigen Meierhöfen Rotensee, Strals, Stutenhof, Steinbrunn und Gaidhof veranlaßt. Die Frage, wie man wenigstens unter solchen Umständen die unbedingt nötige Milch für Kranke und Kinder sicherstellt, wird daher immer dringlicher. Es bleibt daher wohl nur der Weg offen, den Milchverkauf für Gesunde vollständig zu verbieten und die Milchabgabe nur auf Kinder und Kranke zu beschränken. Mit der Ausrede, daß heute bei dem allgemeinen Milchmangel Gesunde ohnehin keine Milch bekommen, ist nichts getan, da, solange nicht ein ausdrückliches Verbot besteht, immer noch Milch an einzelne bevorzugte Kundschaften abgegeben wird, während die Milch für die Versorgung von Kindern und Kranken mangelt. Es ist also nicht einzusehen, weshalb die städtische Milchversorgungsstelle nicht schon längst mit einem solchen Antrag an den Magistrat heranzgetreten ist.